

Antrag Nr. 12-O-12-0037

SPD-Fraktion

Betreff:

Parksituation Europaschule Dr. Obermayr (SPD)

Antragstext:

Antrag der SPD-Fraktion:

Der Ortsbeirat bittet den Magistrat um Stellungnahme zu folgenden Fragen:

1. Trifft es zu, dass der Schulträger verpflichtet ist innerhalb seines Geländes 38 Stellplätze zu schaffen, von denen bisher nur etwa die Hälfte errichtet wurde?
2. Wann werden die restlichen Stellplätze gebaut und was gedenkt die Stadt zu tun, um diese rechtliche Verpflichtung endlich durchzusetzen?
3. Wie wurde die notwendige Anzahl der geforderten Stellplätze konkret berechnet und inwieweit ist die zwischenzeitliche Kapazitätserweiterung der Schule bereits berücksichtigt?
4. Warum wurde, obwohl der Stadt die gravierenden Verkehrs- und Parkplatzprobleme seit langem und der Wunsch des Ortsbeirates nach einem Ortstermin mit den zuständigen Fachämtern seit über 1 Jahr bekannt ist, Ende Juli 2012 zahlreiche Halteverbotsschilder aufgestellt? Warum wurde noch nicht einmal der Versuch einer Abstimmung mit den Vorstellungen des Ortsbeirates und den betroffenen Anliegern unternommen?
5. Warum wurden durch diese Maßnahme im öffentlichen Verkehrsraum vor dem Schulgelände zusätzliche Parkplätze geschaffen, während diese bei den übrigen Anliegern – teilweise ohne erkennbare Notwendigkeit – erheblich reduziert wurden?
6. Auf wessen Intervention wurde diese – nach unserer Auffassung zumindest teilweise zu revidierende – Maßnahme veranlasst und wer zeichnet für die konkrete Umsetzung verantwortlich?
7. Wie beurteilt die Stadt den schriftlichen Aufruf der Schule an ihre Schüler die – ebenfalls stark begrenzten – Parkmöglichkeiten in der übrigen Berliner Straße zu nutzen.

Begründung:

Die außerordentlich angespannte Verkehrs- und Parksituation im Bereich der Europaschule ist allen Beteiligten seit langem bekannt. Ein Grund dafür ist sicherlich die Tatsache, dass der gewählte Standort und die vorhandene Grundstücksfläche für eine derartige Einrichtung von Anfang an nur bedingt geeignet war.

Antrag Nr. 12-O-12-0037

SPD-Fraktion

Wenn dem aber so ist, dann müssen zumindest die in der Baugenehmigung konkretisierten Bedingungen, ohne die eine solche Genehmigung wohl kaum erteilt worden wäre, auch konsequent eingehalten werden. Deshalb ist nicht nachvollziehbar, dass bis jetzt gerade einmal die Hälfte der geforderten (ohnehin zu gering dimensionierten) Stellplätze realisiert wurde. Deshalb stellt sich für uns schon die Frage, wie ernsthaft die Stadt die Einhaltung der Stellplatzverpflichtung eigentlich verfolgt.

Absolut unverständlich ist aber – nach jahrelanger Untätigkeit – die Ende Juli 2012 ohne jegliche Vorwarnung im Bereich der Berliner Straße 150 – 160 durchgeführte „Beschilderungsaktion“. Dies kann sicherlich keine akzeptable Alternative zur Nicht-Einhaltung der Stellplatzpflicht auf dem Schulgelände sein.

Da sich der Ortsbeirat seit über 1 Jahr wegen der angesprochenen Verkehrs- und Parkplatzproblematik um einen Ortstermin mit den zuständigen Fachämtern bemüht, ist es für uns nicht nachvollziehbar, weshalb nun völlig überstürzt und ohne den Versuch einer Abstimmung mit Ortsbeirat und den betroffenen Anwohnern die Aufstellung zahlreicher Verkehrsschilder erfolgte, die nach Auffassung des Ortsbeirates zumindest teilweise korrigiert werden muss.

Diese Vorgehensweise hat uns verärgert und bei fast allen Beteiligten zu erheblichen Zweifeln an einer bürgernahen und konsensorientierten Verwaltung geführt. Deshalb hoffen wir auf Einsicht und erwarten gespannt die Reaktion der zuständigen Stellen.

Wiesbaden, 15.08.2012

Reinhold
Fraktionssprecher